

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Druckverlag: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachbesteller: 20 011

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. Januar 1928 bei 1001. zweimaliger Aufstellung frei Haus 1,50 Mk.
Goldbezugspreis für Monat Januar 3 Mark ohne Postzustellungsgebühr.
Einzelnnummer 10 Pfennig.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet die empfindlich zu nun breite
Zeile 10 Pfg. für gewöhnlich 20 Pfg. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne
Rabatt 15 Pfg. außerhalb 20 Pfg. die 20 mm breite Reklametexte 300 Pfg.
außerhalb 20 Pfg. Überschriften 30 Pfg. Ausw. Aufträge gegen Vorzuschießen.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38 42
Druck u. Verlag von Leopold & Reichardt in Dresden
Vollschick-Konto 1066 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe. 'Dresdner Nachr.' ist eine unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Die Ländertkonferenz wird verlängert.

Der Konflikt Imbusch—Marx—Stegerwald. — Zusammentritt des Gewerkschafts-Kongresses.

Heute vormittag Beginn der Debatte.

Die Konferenz bis Donnerstag?

(Nachmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 17. Jan. Nur Optimisten konnten von vornherein glauben, daß angesichts der Wichtigkeit der Materie die Ländertkonferenz innerhalb der vorgesehenen zwei Tage würde zu Ende geführt werden können. Bereits gestern nachmittag zeigte es sich, daß die Referate, wollten sie grundlegend und tiefergehend sein, bei weitem mehr Zeit in Anspruch nehmen, als vorgesehen war. So konnte entgegen dem ursprünglichen Plane gestern nachmittag noch nicht zur Diskussion übergegangen werden, so daß der heutige Vormittag, der schon die nächsten Referate bringen sollte, mit der Diskussion ausgefüllt werden mußte. Die Diskussion wurde heute vom sächsischen Ministerpräsidenten Schmidt eröffnet. Es sprachen ferner die Ministerpräsidenten von Thüringen, Preußen, Hannover, von Hessen, Ullrich, von Baden, Hemmle, ferner der preussische Ministerpräsident Dr. Braun, der preussische Finanzminister Dr. Brüning, der sächsische Ministerpräsident v. Hinck. Der sächsische Innenminister wird erst heute nachmittag zu Wort kommen.

In den gestrigen Referaten wird übrigens den Blättern von zehntausend Seiten mitgeteilt, daß die Vorträge des Bürgermeisters von Hamburg, Dr. Petersen, und das Referat des preussischen Ministerpräsidenten Dr. Braun nur für deren Person gehalten wurden, also nicht als offizielle öffentliche Äußerung angesehen werden dürfen. Demgegenüber wird zur Rede des bayrischen Ministerpräsidenten Schmidt unterrichtet, daß dieser offiziell und im Namen der bayrischen Regierung gesprochen hat.

Die Ländertkonferenz wird also heute noch nicht zu Ende gehen. Ihr Ende ist vorläufig überhaupt noch nicht abzusehen, so daß zum mindesten noch mit dem morgigen Mittwoch, unter Umständen aber auch noch mit Donnerstag zu rechnen sein wird.

Was die Verichterstattung angeht, so ist bekannt, daß zunächst geplant war, daß die Ländertkonferenz gänzlich hinter verschlossenen Türen und ohne fortlaufende Presseberichte abgehalten werden sollte. Dem Einspruch der vereinigten Presse gelang es jedoch, die Reichsregierung zu bewegen, von dieser Durchführung, die die Öffentlichkeit hätte zu kurz kommen lassen, Abstand zu nehmen. So ließ man sich am liebsten schließlich dazu herbei, nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, erst das Ende der Ländertkonferenz abzuwarten und dann ihren Inhalt bekanntzugeben, sondern die öffentliche Meinung in unregelmäßigen, aber an sich auch nicht als besonders ausführlich angesprochen werden können.

Ministerpräsident Brauns Korreferat am Montag.

Nach dem Korreferat des bayrischen Ministerpräsidenten führte der preussische Ministerpräsident folgende Gedankenansätze aus, die wir im Dienstag-Morgenblatt bereits kurz andeuteten:

Die Zweiteilung in Reich und Länder hat sich in der Zeit Bismarcks wenig unangenehm bemerkbar gemacht, da die Leiter des Reichsfinanzwesens und des preussischen Ministerpräsidenten stets von den gleichen Persönlichkeiten verwaltet wurden. Die Stellung des Bundesrates als einer Vertretung der Länderregierungen ist in der Bismarckschen Verfassung wesentlich anders gewesen als die des heutigen Reichsrats, wo die Länderregierungen auch nach politischen Gesichtspunkten zusammengelagert sind. Infolgedessen ist es nicht als ein Vorgehen gegen den Reichsgedanken zu betrachten, wenn Preußen gegen die Verhandlungen des Reichsrats politisiert hat.

Mit dem bayrischen Ministerpräsidenten stimme ich darin überein, daß der Reichstag in der Lage sein müsse, die Interessen der Länder wirklich zu vertreten. Ich kann mir aber nicht die Schlußfolgerung zu eigen machen, die Rechte der Länder zu dem gleichen Zweck zu erweitern.

In Weimar hat man den Weg zum Einheitsstaat beschritten wollen, ist aber auf halbem Wege stehen geblieben. Ministerpräsident Veld und Staatspräsident Daxile wollen zurück zum Föderativstaat. Das würde bedeuten: Rückgabe der Finanzhoheit des Reiches an die Länder und damit Wiederherstellung des preussischen Ueberwachungs im Reich — eine Wirkung, die doch Bayern und Württemberg sicher nicht erzielen wollten. Infolgedessen bleibt nur der Weg zum Einheitsstaat übrig. Da man sich jedoch vorläufig über die notwendige Reform nicht einig ist, wäre es zweckmäßiger, den von Peterlen verlangten Ausschuss einzusetzen. Man muß ihm aber Richtlinien mitgeben. Notwendig ist die Beachtung der wirtschaftlichen Erfordernisse, weiterhin eine Rechts- und Verwaltungsangleichung zwischen den einzelnen Ländern.

Reichsfinanzminister Marx

hielt dann eine kurze Schlussansprache. Er dankte den Referenten und betonte, die Referate hätten gezeigt, daß noch außerordentliche Schwierigkeiten in einer Reform der staatsrechtlichen Verhältnisse im Wege ständen. Immerhin seien wichtige neue Gesichtspunkte aufgezeigt, die der weiteren Diskussion zugrunde gelegt werden können.

Besonders fleißig scheint dabei die sächsische Presse behandelt zu werden, da im Gegensatz zum preussischen Ministerpräsidenten, der gestern bereitwillig sein Referat der Presse zur Verfügung stellte, der sächsische Innenminister Apelt es ablehnte, sein Referat bereits jetzt zur Veröffentlichung zuzulassen, und zwar mit der Begründung, es läge noch nicht in einem druckreifen Manuskript vor. Es ist aber von nicht zu unterschätzender Bedeutung, wenn die gesamte öffentliche Meinung mit den zur Behandlung stehenden Problemen sich zu beschäftigen in der Lage ist.

Was das Inhaltliche der Konferenz bis jetzt angeht, so wird man gut tun, im Urteil sich zunächst zurückzuhalten, da nur gewisse, nicht sehr umfangreiche Teilausschnitte der Gesamtdiskussion vorliegen. Am ersten Tage ist schließlich nicht mehr eingetreten, als man nach den vorbereitenden Diskussionen in der Öffentlichkeit erwarten konnte. Norddeutschland und Süddeutschland haben ihre Forderungen formuliert, Norddeutschland in unitarischer Richtung, Süddeutschland unter harter Betonung der föderalistischen Momente und unter Angriffen gegen die Weimarer Verfassung. Von der heutigen Diskussion kann noch nichts Genaueres mitgeteilt werden, da ein amtliches Kommuniqué zur Stunde noch nicht vorliegt und auch die einzelnen Teilnehmer an der Konferenz nicht zu erreichen sind. So ist auch die reichshauptstädtische Mittagspresse nicht in der Lage, weitere Mitteilungen zu machen, und es ist bezeichnend für die Situation, daß in den Mittagszeitungen die gesamte Ländertkonferenz überhaupt nicht mit einer Zeile berührt wird.

Die Einsetzung eines Arbeitsausschusses wahrscheinlich.

Berlin, 17. Jan. In politischen Kreisen beurteilt man die Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder heute dahin, daß sie wahrscheinlich zu der Einsetzung eines Ausschusses führen wird, der in bestimmter Zeit genaue Vorschläge ausarbeiten muß, durch die die Ziele der Konferenz-Einberufung verwirklicht werden könnten. Man weiß weiter daran hin, daß natürlich ein so großes Gremium von über 100 Personen eigentlich nur die Aufgabe lösen kann, in Rede und Gegenseite die Probleme herauszustellen und Wege zu ihrer Lösung anzudeuten, daß dagegen die praktische Arbeit einem engeren Kreise zugewiesen werden muß, der befähigt ist, an die praktische Verwirklichung der ausgesprochenen Gedanken heranzutreten. (W.Z.)

Die Teilnehmer beim Reichspräsidenten.

Berlin, 16. Jan. Der Herr Reichspräsident gab heute abend zu Ehren der Staatspräsidenten und Ministerpräsidenten der Länder ein Essen, zu dem auch die beteiligten Reichsminister und Minister der Länder, sowie die Bevollmächtigten der Länder zum Reichsrat geladen waren. (W. Z.)

Deutsche Wahlmache im Pariser „Excellior“.

Eine Erklärung des Reichstagsabgeordneten Koch-Weser. Berlin, 17. Januar. Der „Excellior“ hat berichtet, der deutsche demokratische Führer Koch-Weser hätte bei seiner Anwesenheit in Paris Aussicht auf deutsche Wahlen gemacht. Auf eine an ihn gerichtete Frage, ob diese Darstellung zutrifft, erklärt jetzt der Reichstagsabgeordnete Koch:

Der Bericht hatte den Zweck, konkrete politische Fragen zu erörtern. Ueber die deutsche Reichstagswahl und die Aufgaben der Parteien bei dieser Wahl ist überhaupt nicht gesprochen worden. Dagegen ist von beiden Seiten zum Ausdruck gebracht worden, daß der Wunsch nach einer Annäherung und einer engeren Ausgestaltung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland in beiden Ländern immer weitere Kreise ergreift. Die Darstellung des „Excellior“ findet sich übrigens, soviel ich übersehen habe, in keiner anderen politischen Zeitung Frankreichs.

Die übliche Krisenmacherei zu Schulgesetz.

(Durch den Spruch.)

Berlin, 17. Jan. Zu den Verhandlungen über das Schulgesetz schreibt die „B.Z.“ am Montag, es sei eine ernste Wendung eingetreten, die das Schicksal des Schulgesetzes in Frage stelle. Es handle sich um den § 16 a, der ausdrücklich festlegt, daß in allen Gebieten des Reiches, wo bereits durch Gesetz oder Vereinbarung die Frage des Religionsunterrichtes geregelt sei, es bei dieser Regelung bleibe.

Hierzu erklärt D. T. W., daß der Deutschen Volkspartei hinsichtlich dieses § 16 a, der auf Antrag der Deutschen Volkspartei in das Gesetz aufgenommen wurde, in der Tat Bedenken gekommen seien. Wenn aber das genannte Blatt von einer Gefährdung des Schulgesetzes spricht, so ist darauf hinzuweisen, daß der Schwerpunkt der Lage nach wie vor in dem § 20, der die Simultanschulen betrifft, zu suchen ist, da die Parteien mit Bezug auf diesen Paragraphen an ihren Auffassungen festhalten.

Die Danziger Landwirtschaft und der deutsch-polnische Handelsvertrag.

Von Dr. O. G. G.

Seit drei Jahren geht nun der Streit um die Bedingungen des Handelsvertrages mit Polen. Dabei stehen sich die Interessen von Landwirtschaft und Industrie ziemlich scharf gegenüber. Was tun in diesem Keunen die deutschen Landwirte Danzigs? Es droht die Gefahr, daß man sich aufschüt, mit dem Agrarhaute Polen einen Handelsvertrag zu schließen unter Bedingungen, die zwei Hauptpfeiler der Danziger Landwirtschaft der sicheren Vernichtung preisgeben und damit die bisherigen, mit Mühe erreichten geringen Verbesserungen zu wesentlichen Minderungen machen. Verarmung und Zusammenbruch einer Unzahl landwirtschaftlicher Betriebe ist unausbleiblich, wenn die billigen Kartoffeln und Schweine Polens hereinströmen können. Vielleicht ist jetzt der letzte Zeitpunkt, zu dem noch unabsehbares Unheil abgewendet werden kann. Dabei soll nicht geleugnet werden, daß die Danziger landwirtschaftlichen Berufsorganisationen bei den maßgebenden Stellen die Forderungen der Landwirtschaft für den bevorstehenden Vertragsabschluss mit Nachdruck vertreten. Doch sind damit die Pflichten nicht erschöpft. Jeder einzelne Landwirt hat an seinem Plabe in der Öffentlichkeit für die landwirtschaftlichen Forderungen einzutreten.

Darum geht die Industrie nicht endlich daran, die Kaufkraft der Landwirtschaft, die doch nun einmal die Grundlage des Danziger Staatswesens ist, zu heben? Wer sich die Handelsbilanz der letzten Monate mit ihren erschreckend steigenden Einfuhrüberschüssen für Nahrungsmittel ansieht und damit die Ausfuhrbräuhlen für Industrieerzeugnisse vergleicht, muß merken, wo hier der Fehler der Entwicklung liegt. Danzig soll zum Industriestaat entwickelt werden, aber das kann nur zum Verhängnis werden. Wer das Polen der letzten Jahre kennt, weiß, wie gewaltige Anstrengungen es macht, sich eigene Industrien aufzubauen. Bei der geschickten Propaganda der polnischen Industrie gegen deutsche Waren, die bei dem ausgeprägten Nationalismus der polnischen Massen auf fruchtbaren Boden fällt, wird es nicht schwer werden, dem Abfall deutscher Waren, die auch in Polen hergestellt werden können, unüberwindliche Schwierigkeiten zu machen, selbst wenn in einem Handelsvertrag die betreffenden Zollschranken gefallen sein sollten. Deutsche Industrieerzeugnisse freilich, die Polen nicht herstellt, aber dringend braucht, haben auch während des Weltkrieges auf Umwegen ihre Käufer in Polen gefunden. Was wird also für die deutsche Wirtschaft erreicht, wenn wir einen Handelsvertrag mit Polen durch Nachgiebigkeit gegenüber den polnischen Wünschen der Gewährung eines namhaften Einfuhrkontingents polnischer Kartoffeln und Schweine zu billigen Zollätzen erkaufen? Sicher werden die Hoffnungen der deutschen Industrie auf einen bedeutenden Export ihrer Erzeugnisse nicht in dem erwarteten Maße erfüllt, ebenso sicher wird aber die deutsche Landwirtschaft vollends an den Rand des Verderbens gebracht werden. Dabei sind es gerade die kleinen Bauernbetriebe und die Landarbeiter, deren Naturallohn durch Schweinehaltung am besten zu Geld gemacht wird, die durch die Einfuhr der billigen polnischen Schweine geschädigt werden müssen.

Und wie ist's mit den Kartoffeln? Wir haben doch in Deutschland wirklich eine erhebliche Kartoffelübererzeugung. Mit höchstens einem Drittel unserer Durchschnittsernte können wir den gesamten Speisekartoffelbedarf im Reich decken. Sollen wir da noch mehr hereinlassen? Wie billig die Kartoffeln in Polen sind, geht allein schon daraus hervor, daß trotz des Kampfes der letzten Jahre noch ganz erhebliche Mengen polnischer Kartoffeln zu uns hereingekommen sind. Niedrige Preise werden also überhaupt nicht empfunden werden und die Uebererzeugung unserer Märkte mit Kartoffeln nicht verhindern und zum schnellen Zusammenbruch unserer Kartoffelwirtschaften, namentlich im Osten des Reiches, führen.

Umbrandet von der Slawischen Flut liegt die freie Stadt Danzig, die mit ihren zu 98 Prozent deutschen Bewohnern mutig für ihr Deutschtum kämpft. Viele wissen nicht, ein wie bedeutender Wirtschaftszweig die Landwirtschaft in dem neuen kleinen Staatswesen ist. Mindestens 100 000 Deutsche verdienen in der Danziger Landwirtschaft ihr Brot. Der Grund aller wirtschaftlichen Not, in der sich die Danziger Landwirtschaft befindet, ist die im Versailler Vertrag vorgesehene Danzig-polnische Zollunion von 1922, durch die Danzigs Landwirtschaft das Reich als den gewöhnlichen, aufnahmefähigen Markt ihrer Erzeugnisse verlor und der Weg zu den notwendigen Betriebsmitteln, wie Maschinen, Geräte, künstliche Düngemittel usw., aus Deutschland durch die Zollschranken fast unmöglich wurde. Dazu stehen die Preise, die der Danziger Landwirt für seine Produkte erzielt, durch die ständige Uebererzeugung des Danziger Marktes mit Erzeugnissen der ebenso wirtschaftenden polnischen Landwirtschaft außerordentlich niedrig und tief unter denen im Reich.

Das Danziger Land, dessen größten Teil die weiten Schotterlandmarken des Weichselmündungsgebietes bilden, hat seit langem eine hochentwickelte Ackerkultur und vor allem eine weit bekannte Hochzucht des schwarz-weißen Frieslandrindes. Weizen, Indurrisen, Gerste, Hafer und Getreide gedeihen üppig neben ausgedehnten Wiesen und Weiden. Das ganz tiefgelegene Niederungsgebiet, das erst